

# Positionen der sieben größten Parteien gemäß ihrer Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2021

zusammengestellt von Sheila Knubben, DRG

	CDU/CSU	SPD	Bündnis '90/Die Grünen	FDP	Die Linke	AfD
Einstellung zu...						
<b>EU</b>	<p>europ. Kooperation und Integration statt nationalistische Abschottung, Mehrheitsentscheidungen; verteilte und einseitige Verantwortung, um Positionen zu erlangen und mit Partnern zu koordinieren; ständige Sitz der EU im Sicherheitsrat der VN, außen- und sicherheitspolitische Koordination verbessern und die Wirksamkeit der europäischen Verteidigung erhöhen; außen- und sicherheitspolitische Kompetenz nicht exklusiv gestalten - Staaten miteinander, deren Sicherheitsinteressen in besonderer Weise betroffen sind (Ostern); langfristige gemeinsame europäische Streitkräfte aufstellen; internationale vernetzungspolitische Zusammenarbeit im Sinne der veränderten Sicherheitspolitik; eigene Führungsfähigkeit für EU-Missionen durch Errichtung Europäischer Hauptquartiere realisieren;</p>	<p>Vorreiterrolle bei internationaler Krisenprävention, Friedens- und Demokratieförderung und im Schutz von Menschenrechten einsetzen; Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe durch Erhöhung der EU Mittel stärker; weitere Klimaausgleichsmaßnahmen und äußere Handlungsanforderung fortentwickeln; Stabilität; und Wachstumspakt zum Nachhaltigkeitspakt weiterentwickeln; sicherheits- und verteidigungspolitisch einseitigständigen; Ziel: europäische Armee; Teil der Friedensmacht Europa; konzeptionell neu ausgerichtet europäische Nachbarschaftspolitik; Weiterentwicklung der Fiskal-, Wirtschafts- und Sozialunion; Errichtung europäischen Kapitalmarktes; in Zukunftsfaktoren unabhängig von Dritten einsetzen; Erfüllung Paris Climate Accords, bis 2050 zum ersten nachhaltigen und treibhausgasneutralen Kontinent werden; Vereinbarung konkreter Beschwerte- und Sanktionsmechanismen in den Handels-, Wirtschaftspartnerschafts- und Investitionsabkommen;</p>	<p>Weitentwicklung europäischer Institutionen und ausbaureicher Zusammenhalt; „Konferenz über die Zukunft Europas“ -&gt; Stärkung europäischer Öffentlichkeit und gemeinsamen Reform der EU: Ziel: föderale Europäische Republik; Europäisches Parlament stärker - entscheide gleichberechtigt mit dem Rat, erhöhe vollwertiges Initiativrecht für die Gesetzgebung; Umwidmungsfähigkeit zur europäischen Staatsbürgerschaft fortentwickeln; Mehrheitserfordernisse; europäische Institutionen zum Zwakernsystem weiterentwickeln; Einführung europäischer Streitkräfte; und Gemeinüterkriterien; verbindlicher Logistikkapital für alle EU-Institutionen; spätere Kernarbeit beim Wechsel zwischen Politik und Wirtschaft („Lobbyist/Follow-up“);</p>	<p>EU deutlich stärken - als Bundestaat mit rechtsverbindlicher gemeinsamer Verfassung; Mehrheitsentscheidungen statt des Einstimmigkeitsprinzips (handlungsfähiger); europäische Arme; Forderung nach institutionellen Reformen für mehr Bürgernähe, Handlungsfähigkeit (auch Verzugsabstände) und Transparenz; Ziel: gemeinsame Verfassung der EU als Bundestaat; Vertiefung europäischer Integration; Aufwertung in einem Vollglaubten mit Initiativrecht; Verkleinerung der EU Kommission; Eigenständigkeit und Unabhängigkeit von Dritten bei Energieversorgung; Rohstoffimporten und digitalen Technologien; in der Handels- und Entwicklungspolitik eigene Stärke einsetzen und eigene militärische Fähigkeiten entwickeln;</p>	<p>Kooperation der EU Kommission einschärken und Rechte europäischen Parlaments stärken; für soziale, demokratische Europa; Forderung nach völligem Mindeststaatsfonds; Abschaffung der Konzernpolitik; Entpassungen; und Friedenspolitik; auch Stabilität; und Wachstumspakt -&gt; EU braucht Investitionsförderung; Anpassung der Defizit- und Schuldenregeln; Ausweitung EU Haushalts durch Ausgaben europäischer Anleihen; finanzielle Hilfe für wirtschaftlich schwächere Länder, Brutto und zur Zukunftsfähigkeit; Forderung von Schuldenstopp für arme Regierungen; Ablehnung von Konditionen bei Verfolg von Mitteln aus dem EU-Wiedererbaufonds; Erfüllung EU-werten Mindeststaatsfonds für Unternehmen; Mindeststandards für die Bestimmung großer Vermögens und Späterenkommen;</p>	<p>hält den Austritt des aus EU für notwendig und plädiert für einen bund souveräner Nationalstaaten; für die Freiheit und Selbstbestimmung europäischer Völker einen Handel mit fairem Wettbewerb; auf Entfaltung souveränen, demokratischen Nationalismus setzen; bei der Einheitswahrung handeln es sich eine politische Wunschorstellung; die mit ökonomischen Gesetzen bei der Einklärung zu bringen sei; Transparenz aufbringend (steht im Widerspruch zu europäischen Verträgen, die Verbrechen deutscher Politiker und wird den Abstieg aller europäischen Volkswirtschaften und Konflikte zwischen Staaten zur Folge haben);</p>
<b>Türkei</b>	<p>große strategische und wirtschaftliche Bedeutung für Deutschland und EU; DE &amp; TUR sind wir allen durch Kontakte der Mensch eng miteinander verbunden -&gt; deshalb weiter eng und vor allem mit der Türkei zusammenarbeiten und auf einen offenen, kritischen und konstruktiven Dialog mit türkischer Führung setzen; DE soll weiter bilaterale Beziehungen und zivilschlichtende Vielfalt in der Türkei stärken; Türkei verwerflich politische EU-Berittskriterien nicht (Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte) -&gt; Vollmitgliedtschaft wird es nicht geben, dafür eigene Partnerschaft; Beziehungen brauchen neue Perspektiven; im ersten Schritt der Wiederanbahnung sollen gemeinsame Interessen definiert und vertragliche Vereinbarungen zur Umsetzung beschlossen werden; NATO-Mitglieder müssen sich zur Einhaltung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit verpflichten -&gt; Türkei muss als NATO-Partner ihren Beitrag zur kollektiven Sicherheit leisten und die Verpflichtung zu sicherheitspolitischen Konsultationen erfüllen</p>	<p>Sorge um den innen- und außenpolitischen Kurs der türkischen Regierung; die Türkei muss rechtsstaatliche, demokratische und völkerrechtliche Prinzipien einhalten; Intensivierung des EU-Türkei Dialogs ist dringend notwendig</p>	<p>TUR EU verbindet Gesellschaft, Kultur und Wirtschaft; Unterstützung all ihrer, die in der Türkei für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Gleichstellung und Menschenrechte kämpfen; Kritik an Menschenrechts- und Rechtsstaatsverletzungen; Forderung nach Freilassung aller politischen Gefangenen und Rückkehr zu politischem Dialog; und Friedensprozess in der kurdischen Frage; Forderung nach der Rückkehr zur multilateralen Außen- und Sicherheitspolitik -&gt; soll in NATO thematisiert werden; nicht zuletzt mit Blick auf die villenrechtswidrige Militäröffnung in Nordzypern; Kritik am Austritt der Türkei aus der Istanbul-Konvention und Aufforderung diesen wieder rückgängig zu machen; Wiederaufnahme der Gespräche über einen EU-Bertritt; sobald die Türkei eine Kehrwende zurück zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vollzieht; Beendigung „3Ü Türkei Deal“; Forderung nach Umsetzung großer Flüchtlingskonvention; kein sicherer Drittstaat; TUR auf Bahnen der Geflüchteten unterstützen; im Gegenzug soll die Türkei Geflüchtete gut versorgen und integrieren; Ausbau Austausch mit menschenrechtsorientierten und demokratischen Zivilgesellschaft und Jugendaustauschprogrammen</p>	<p>Berennung der EU-Berittsverhandlungen mit der Türkei (Grundlage für diese sind und bleiben die Kopenhagener Kriterien) und ein neues Verhältnis zwischen der Türkei und der EU schaffen; Anerkennung der besonderen Rolle der Beziehungen zwischen DE und der EU mit der Türkei; Beziehungen auf eine neue Grundlage enge sicherheitspolitischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit stellen; die in den Kopenhagener Kriterien formulierten Bedingungen für einen funktionierenden Rechtsstaat und die Achtung der Menschenrechte erfüllen die Türkei nicht; Türkei bleibt dennoch als NATO-Mitglied und als eng mit der EU vernetzter Nachbar ein unverzichtbarer Partner, wiewegen es nötig sei, die sicherheitspolitischen Spannungen im Bündnis abzubauen</p>	<p>aktuelle und kommende EU-Berittskandidaten sollen sich ohne Vorbehalt zu Demokratie und Menschenrechten bekennen; Türkei muss die Urteile des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte annehmen, Demokratie und Meinungsfreiheit garantieren; die Verfolgung der demokratischen Opposition beenden sowie alle inhaftierten Parlamentarier einmündig und Bürgermeister:innen der oppositionellen kurdischen Partei HDP freilassen</p>	<p>Beziehungen zur Türkei sind schwierig und sollen neu gestaltet werden; TUR gehört kulturell nicht zu Europa; zunehmende Islamisierung geht Ankara zur Sorge und zeigt, dass die Türkei sich noch weiter von Europa und der westlichen Welt entfernt hat; Ablehnung EU-Beritts; Forderung nach sofortigen Ende aller Berittsverhandlungen</p>
<b>Arktis</b>	<p>Kein Kommentar</p>	<p>kein Kommentar</p>	<p>kein Kommentar</p>	<p>kein Kommentar</p>	<p>kein Kommentar</p>	<p>kein Kommentar</p>
<b>Umweltpolitik / Energie</b>	<p>Stärkung innovativer klimafreundlicher Technologien; schrittweiliger Übergang zum emissionsfrei; DE als weltweit führendes und modernes Industriegebiet muss übergeordnet sein; zur Bekämpfung des Klimawandels leisten; Zusammenarbeit gegen die Meeres- und Umweltverschmutzung intensivieren; Unterstützung internationalen Klimaabkommens; Etablierung globaler emissionsfrei; moderne Handlungsfelder; auch als Instrument dazu nutzen; hohe Standards und wirksame Maßnahmen für den Klimaschutz global durchzusetzen - bekenn sich zum European Green Deal -&gt; unterstützen; vollständige Zielerreichung europäischer Emissionshandel auf den Verkehr- und Wärme-Sektoren ausweiten -&gt; stabiler, fairer und transparenter Preis für Treibhausgas;</p>	<p>Politik richtet sich nach dem Klimaabkommen von Paris; globale Erwärmung muss auf möglichst 1,5°C begrenzt werden; im Einklang mit europ. Klimaziel das Mindestniveau für 2030 auf 65 % anheben; Ausstieg aus der Atomenergie soll Ende 2022 vollzogen werden wie auch der Kohleausstieg; auf fossile Energieträger durch schrittweiligen Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien verzichten; Energiewertergang soll vollständig auf erneuerbaren Energien erfolgen; gemeinschaftliche Eigenversorgung stärken; CO2-Bepreisung; Verlagerung von Produktion und Einsparung ins Ausland verlagern; wettbewerbsfähiger Industrieumpreis für Unternehmen; die in internationalen Wettbewerb stehen</p>	<p>Ablehnung internationaler Handelsabkommen, wenn diese Klima, Umwelt und Verbrauchern und Verbraucher nicht ausreichend schützen; aus als fossilen Energien; vollständige Umstellung auf erneuerbare Energien -&gt; massive Ausbaubehelfe für die Erneuerbaren; Atom, Ausbaubehelfe naturverträglich; verbraucherna Auto, effiziente Gewerbe- und Industriezwecke; Strompreisvergünstigungen für Unternehmen; die im internationalen Wettbewerb stehen; sollen an die Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen geknüpft werden; CO2-Bremse für alle Gesetze; Vorgaben des Paris Klimavertrages sowie des Atomstopp im Grundgesetz verhindern und Ökologie als Vorrang in privatisierten handelslands stellen; Kohleausstieg bis 2020 anstreben; massive Klimafinanzierung der Kohle- und Atomkraftwerke; Ausbau Offshore-Wärks; neue Haftentlastung zur Anbahnung von Fließgasen sollte nicht genehmigt werden; Netzausbau beschleunigen; Ausstieg aus Atomkraft vollziehen; Rückbau bestehender Atomkraftwerke; Zwischen- und Endlagerung von schwach-, mittel- und vor allem hochradioaktivem Abfall bei höchsten Sicherheitsstandards</p>	<p>EU-Emissionshandel schnellmöglich auf alle Sektoren und geographisch ausweiten; bekenn sich zu dem Ziel des Paris Klimaabkommens, die Erwärmung auf 1,5°C zu begrenzen; Klimaneutralität bis 2050 ist durch striktere und jährlich sinkendes CO2-Limit in einem umfassenden Emissionshandelsystem zu erreichen; bekenn sich auch zur Agenda 2030 der VN; die Unternehmen vor Wettbewerbsverzerrungen durch Klimapolitische Maßnahmen schützen; als Übergangslösung bis zum plattform CO2-Zertifizierungs die EU dirin unterbreiten; eine WTO-konforme Weiterentwicklung des „Carbon Leakage“ Schutzes erfordern -&gt; Produktionsverlagerungen verhindern und somit anderen Ländern direkten Anreiz geben; bei den CO2-Bepreisung nachzusehen;</p>	<p>„Green Deal“ ist unzureichend; Vergesslichkeit großer Energiekonzerne; soziale gerecht klimaneutral (Klimaneutralität bis 2035); schrittweiliger Umstieg auf erneuerbare Energie; Kohleausstieg bis 2030; Ausstieg aus Atom, Kohle und der Verbrennung von fossilen Gabeln mit verbindlichem Ausstiegsdatum und sozialer Absicherung; Betroffene; Ablehnung Emissionshandels als Lenkinstrument; Forderung nach Durchsetzung des Staates aus Finanzanlagen, Investitionen und Subventionen; die in fossile und atomare Energiewirtschaft fließen); Durchsetzung Paris Klimaabkommens; Neubau von Kohle- und Atomkraftwerken; Forderung der Errichtung und Inbetriebnahme neuer Kern- und Braunkohleanlagen im Ausland durch Unternehmen mit Sitz in Deutschland;</p>	<p>CO2-Emissionen drastisch zu senken, bedrohe die Freiheit; Spenziens CO2 ist unverzichtbar; beweise, dass Erdwärmung nur negative Folgen hat; „Klima ist per se nicht schutzfähig“; Ablehnung Klimaschutzplans 2050 und Dekarbonisierungsmaßnahmen; Kündigung Paris Klimaabkommens; Austritt aus allen staatlichen und privaten „Klimaschutz“-Organisationen; Abschaffung CO2-Bepreisung; Rahmenbedingungen setzen, dass die Energiewerterung gesichert, unweirfrendlich und kostengünstig im Rahmen des freien Marktes gewährleistet ist; Ablehnung „Green Deal“; keine Errichtung Wind- und Solaranlagen in Wäldern und Schutzgebieten; Ablehnung der Bewegung und Förderung Wasserstoffwirtschaft; aufgrund hoher und günstiger Verfügbarkeit aus fossile besatz als durch volle „erneuerbare“ Energiertger erzeugung werden“</p>
<b>Menschenrechte/ Demokratie-förderung</b>	<p>Grundlage weltweiten politischen Handelns; christliches Menschenbild; aus Systemkollaps ergeben sich die Verpflichtung und der Anspruch; die internationale Regel- und Wertebastete Ordnung wieder zu stärken - gemeinsam mit den USA und zugleich auf eigene Fähigkeiten bedacht; Zusammenarbeiten und transatlantischen Partnern ausbauen und handlungsfähige Strukturen mit demokratischen Partnern entwickeln; setzen sich für Frieden, Freiheit und Sicherheit, für die Wahrung der Menschenrechte, für die Einbindung und Weiterentwicklung des Völkervertrags; die Rechte von Flüchtlingen, die Ausreisenden, die Asylsuchenden und die Asylbewerberinnen, die inhaftierten und unverurteilten, den Versuch autoritärer Staaten, diesen Konsens aufzuweichen, entschlossen entgegenzutreten; Menschenrechtsmechanismen stärken; die kritische Lage religiöser Minderheiten verbessern;</p>	<p>Für den Kampf gegen Rassismus in der dt. Gesellschaft braucht es kritisches Auseinanderhandeln mit der kolonialen Vergangenheit; interreligiöser Dialog und eben Dialog von Religionen, Weltanschauungen und Kulturen fördern und verstärken; Garantie, dass alle dieselben Chancen und Möglichkeiten haben - frei von Diskriminierung; nachdrücklich gegen Rassismus, Rechtsextremismus, islamfeindlichkeit, Sexismus etc. vorgehen; Einbindung Demokratisierungsvereine, Projekte und Initiativen damit langfristig fördern und sie besser vernetzen; innerhalb und außerhalb der schulischen Bildung für Verankerung und einfacheren Zugang zu politischen Bildungsmöglichkeiten und Demokratieförderung einsetzen; Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements;</p>	<p>Freiwilligenleistungen ausbauen und stärken; Vergabe öffentlicher Aufträge soll auch Kriterien der Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigen; geschlechterpolitische Gewalt bekämpfen -&gt; Umsetzung Istanbul-Konvention; Schutz „Whitebloggerinnen“ vor Repressalen aus Aufruf -&gt; zusätzliche Meldverfahren und Entscheidungsdienste; für Menschenrechte vernetzten; alle, die zu ihrem Land gefährdet sind, schneller und häufiger humanitäre Visa bereitstellen; Eltscheithelbert Initiativen ausbauen; Erklärungen und Empfehlungen von UN-Ebene zum Schutz von Menschenrechtsverdrägen inner umsetzen; langfristige Finanzinvestitionen in zivilgesellschaftlichen Organisationen und Vernetzung relevanten Akteure inneren; Menschenrechte nicht verhandelbar; stärkere Anreize geben bei der Positionierung von Frauen Führungspositionen in der Politik</p>	<p>liberaler Demokratie fortentwickeln und vertiefen; politische Bildung an Schulen stärken; Menschenrechte, Meinungsfreiheit und der Schutz von Minderheiten sind unverzichtbar; sich für eine freiheitliche Gesellschaft und bündelndes Konzept strecken; weltweit mehr Aufforderungen und den Schutz bestehender Wähler unterstützen -&gt; Bekämpfung langfristiger Bindung von CO2 durch das Emissionshandelsystem; mehr alternative Kraftstoffe; Netzing klimafreundlicher synthetischer Kraftstoffe; Erhaltung von Bioiden von CO2 aus der Atmosphäre -&gt; Erhalten eines europäischen CO2-Zertifizierungs für je Tonne gebundenes CO2; frei am Markt handelbar</p>	<p>Istanbul-Konvention und UN-Resolution 1325/Frauen, Frieden und Sicherheit konsequent und vollständig umsetzen; Ausbau und ausreichende Finanzierung der Strukturen des Geschwätzschutzes und gegen Rassismus, Fremdenhass, Antisemitismus und Homophobie machen; für einen breiten Feminismus; liberal politischen Aufbaus von Rechts- bis Linksextremismus, religiös und nationalstisch extremistischem; Ausbau wissenschaftlicher Expertise in den Sicherheitsbehörden bei der Bekämpfung von Extremismus, Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aktiv entgegenzutreten;</p>	<p>Für unmittelbare Demokratie - Volkabstimmungen nach Schweizer Modell; Ablehnung Fraktions- und Parteienfinanzierung sowie die Finanzierung von Parteistützungen; Volk als Souverän in direkter Mitbestimmung einbeziehen; Gewerkschaften unabhängig; Unabhängigkeit durch Gewalt soll durch Selbsterwaltung der Justiz gesichert werden (wie in anderen europäischen Ländern); Entlastung politischer Parteien auf Erneuerung von Richter- und Staatsanwaltschaften; Verfassungskomitee reformieren; Macht der Parteien beschränken; Verkiebung der anderen; europäische; zivilgesellschaftliche Vereine sollen durch eine Reform der Abgeordnetenwahl gemindert werden; Errsetzung Verfassungsschutz durch eine unabhängige Beobachtungsstelle ersetzen;</p>



## Korruption/ organisiertes Verbrechen

auf europäischer Ebene organisierten Kriminalität, Mafia und kriminellen Clans durch eine wirksamere Zusammenarbeit – mit EUROPOL, und den Herkunftsländern der Täter – begegnen; überall in Deutschland soll mithilfe einer lagespezifischen Schieferfahrung kontrolliert werden  
> nicht nur in Grenzregionen wichtig, sondern auch auf international bedeutsamen Verkehrswegen, im Umfeld von Bahnhöfen und Flughäfen; dafür für die Bundespolizei geltenden Grenzkontrollen ausdehnen

Organisierte Kriminalität bekämpfen; dafür sorgen, dass die Herkunft von schmutzigem Geld einfacher nachweisbar wird; notwendig sind kontinuierliche und fächerübergreifende Strukturermittlungen der Länderpolizeien, der Bundespolizei und des Zolls zusammen mit BKA und Europol; die Strukturen der Sicherheitsbehörden verbessern und für eine reibungslosere Verzahnung mit der Justiz sorgen; bei begangenen Straftaten müssen Verfahren unmittelbar aufgenommen werden; die Bestrafung muss schnell im Zusammenhang mit der Tat erfolgen

Bekämpfung Betrugs mit EU-Betrugsbekämpfungsausschuss und Europäischen Staatsanwaltschaft unter Nutzung modernster Analysemethoden; Korruption, Steuerhinterziehung etc. sind Rechtsverstöße, die verheerende Auswirkungen auf den Wettbewerb und den freien Markt, für Umwelt und Menschenrechte haben; bei Rechtsverstößen Unternehmen künftig wirksamer zur Rechenschaft ziehen, um zu verhindern, dass Rechtsverstöße von Unternehmen wegen organisierter Unverantwortlichkeit nicht geahndet werden können, soll auch an die Organisationsverschulden angeknüpft werden; Verstärkung der Pflicht zum Nachweis der legalen Herkunft großer Zahlungen; wirksame und abschreckende Sanktionen gemäß EU-Vorgaben; Sanktionskatalog um weitere Maßnahmen (z.B. Ausschluss von der Vergabe öffentlicher Aufträge) erweitern; Neufassung Straftatbestandes der Abgeordnetenbestechung und Überarbeitung der Beweisankforderungen zur Korruptionsbekämpfung; transparente Spenden

Organisierte Kriminalität nachhaltig bekämpfen, hocheffizienten und -effektiven Strukturen der organisierten Kriminalität soll zum Schutz von Staat und Gesellschaft von staatlicher Seite mit entsprechend strukturierten Handlungen entgegen; die Dunkelheit bei klassischen Delikten der Organisierten Kriminalität ins Visier nehmen; Besonders im Bereich der Organisierten Wirtschaftskriminalität muss wieder eine regelmäßige Bekämpfung möglich werden

kein Kommentar

Organisierte Kriminalität entschieden und nachhaltig bekämpfen; durch kriminelle Aktivitäten erworbene Vermögen sollen eingezogen werden – schon bestehende rechtliche Instrumente sollen dafür besser genutzt und weiterentwickelt werden; Mehrzahl der Täter im Bereich der Organisierten Kriminalität leben nach Angaben der AfD ausländer -> Ausweisung soll vereinfacht werden und dieser Straftatbestand als Ausweisungsgrund einführen; restriktive und Korruption vermeidende Neuordnung der Spendenregelungen; Regelungen hinsichtlich der Nebentätigkeiten von Parlamentariern deutlich verschärfen, um Bestechung zu verhindern